

Entschließungsantrag

der Abgeordneten **Lugar**
Kolleginnen und Kollegen
betreffend **„Kindergarten-Bundesrahmengesetz – Fokus auf Werte und Deutschkenntnisse“**

eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 13.: „Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 2254/A der Abgeordneten Mag. Elisabeth Grossmann, Brigitte Jank, Dr. Harald Walser, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz, das Bundes-verfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 hinsichtlich des Schulwesens geändert wird, das Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre, das Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, das Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz und das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 geändert werden, ein Bundesgesetz über die Einrichtung von Bildungsdirektionen in den Ländern erlassen wird, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Schulorganisationsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz, das Schulzeitgesetz 1985, das Minderheiten-Schulgesetz für das Burgenland, das Minderheiten-Schulgesetz für Kärnten, das Bundesgesetz BGBl. Nr. 420/1990, das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge, das Hochschul-gesetz 2005, das Schulpflichtgesetz 1985, das Berufsreifeprüfungsgesetz, das Pflicht-schulabschluss-Prüfungs-Gesetz, das Schülerbeihilfengesetz 1983, das Privatschul-gesetz, das Religionsunterrichtsgesetz, das Bildungsdokumentationsgesetz, das Schülervertretungengesetz, das BIFIE-Gesetz 2008 sowie das Bildungsinvestitions-gesetz geändert werden, und das Bundes-Schulaufsichtsgesetz aufgehoben wird und das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, das Landes-lehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz, das Bundes-Personalvertretungs-gesetz und das Unterrichtspraktikumsgesetz geändert werden (Bildungsreformgesetz 2017), über den Antrag 592/A(E) der Abgeordneten Dr. Harald Walser, Kolleginnen und Kollegen betreffend Abschaffung der VizepräsidentInnen der Landesschulräte und des Wiener Stadtschulrates, über den Antrag 131/A(E) der Abgeordneten Dr. Harald Walser, Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Modellregionen zur Gemeinsamen Schule, über den Antrag 1356/A der Abgeordneten Dr. Harald Walser, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulpflichtgesetz 1985 geändert wird, sowie über den Antrag 1357/A der Abgeordneten Dr. Harald Walser, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 48/2014 geändert wird (1707 d.B.)“ in der Sitzung des Nationalrates vom 28.06.2017

Die vorgelegte Schulreform ist unzureichend und wird von allen Seiten kritisiert. So schrieb Der Standard am 26. Juni 2017:

„Eine breite Front aus Eltern-, Schüler-, Lehrer- und Direktorenvertretern kritisiert die von Regierung und Grünen vereinbarte Bildungsreform, die diese Woche im Nationalrat beschlossen werden soll. Bei einer Pressekonferenz am Montag in Wien forderten sie eine geheime Abstimmung über die Materie und appellierten an die Abgeordneten, "ohne jeden Klubzwang" darüber zu entscheiden. Mit dem Bildungspaket werde "kein einziges Problem gelöst", erklärte der Vorsitzende des Bundeselternverbands an den mittleren und höheren Schulen (BEV), Gernot Schreyer. Vielmehr bestehe eine Menge ungelöster Probleme, etwa die Aufhebung der Klassenschülerhöchstzahl, obwohl schon jetzt 40.000 Schüler der AHS-Unterstufe in Klassen mit mehr als 25 Schülern sitzen.“¹

Außerdem beginnt die Bildung bereits früher – schon im Kindergarten. Die Elementarbildung bleibt bei der Schulreform unbeachtet, auch wenn der Bundesminister Kurz medienwirksam auf die Missstände in den „Islam-Kindergärten“ hinweist.

Die Kronen Zeitung vom 26.06.2017 titelte: „Kurz stellt Islam-Forderungen an Wien“ und schrieb weiter im Text: „Integrationsminister Sebastian Kurz macht ernst. Nach seiner Ansage, es solle keine islamischen Kindergärten geben, hat der ÖVP-Chef am Sonntag einen Forderungskatalog an Wien übermittelt.“

¹ (APA, 26.6.2017) - derstandard.at/2000059813178/Kritik-von-Eltern-Schuelern-Lehrern-und-Direktoren-an-Schulreform

In gleichem Tenor war auch die APA-Meldung (APA0437 5 II 0630 CI) vom 22. Juni 2017 „Kurz eckt mit Forderung nach Schließung aller Islam-Kindergärten an“ und die Meldung (APA0104 5 II 0386 CI/XI) vom 25. Juni 2017: „Islam-Kindergärten: Kurz für strengere Bewilligung und Deutschpflicht“.

Die Schulbildung baut auch dem Können der Kinder, die in die erste Klasse kommen, auf. Damit die Standards, Werte und Sprachkenntnisse vergleichbar sind, ist eine Qualitätsoffensive mit diesem Fokus in den Kindergärten notwendig.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Bundesrahmengesetz-Kindergarten vorzulegen, das unter anderem Betreiber von Kindergärten dazu verpflichtet, vorgegebene Lehraufträge vollinhaltlich zu erfüllen. Die in diesem Gesetz definierten Qualitätskriterien stellen darüber hinaus die Werte unserer Gesellschaft sowie die Beherrschung der deutschen Sprache in den Vordergrund.“

